

SPD fordert: Sechste Gesamtschule für Mönchengladbach

Knapp die Hälfte aller Mönchengladbacher Kinder will auf die Gesamtschule. Von den 2740 Kindern, die zurzeit noch das vierte Schuljahr in der Grundschule besuchen, wurden 1235 an den fünf Gesamtschulen angemeldet. Der Vorsitzende des Schul- und Bildungsausschusses, **SPD-Ratsherr Ulrich El-**



Vor 20 Jahren wurde der Anfang hier gemacht - Gesamtschule Espenstraße in Rheydt

sen: "Dieses Ergebnis ist ein Zeichen der Wertschätzung für die Gesamtschule und verdeutlicht erneut die hohe Akzeptanz dieser integrativen Schulform. Ohne politische Ideo-

logie entscheiden sich viele Eltern für die Gesamtschule."

Die Gesamtschule erfreut sich konstant einer wachsenden Beliebtheit. Nachdem sich im Vorjahr 43,9 Prozent aller Viertklässler für die Gesamtschule entschieden haben, sind es in diesem Jahr 45,3 Prozent, 104 Kinder mehr als im Vorjahr.

Ratsfrau Monika Schuster, bildungspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion: "Die hohen Anmeldezahlen bedeuten aber auch, dass über 600 Schüler abgewiesen werden müssen, junge Menschen, die ungeachtet ihrer Entwicklungspotentiale zu früh auf eine festgelegte Schullaufbahn geschickt werden. Diese Einteilung ist oft von

sozialer Herkunft geprägt und versperrt vielen jungen Menschen den Zugang zu gleichen Bildungschancen."

Für die **SPD-Fraktion** ist nun der richtige

Zeitpunkt für eine bildungspolitische Richtungsentscheidung in Mönchengladbach gekommen.

Ulrich Elsen: "Betroffen sind über 600 Kinder und deren Eltern, die abgewiesen werden. Ausgewogene Bildungspolitik darf sie nicht alleine lassen. Bereits seit Jahren werden Gesamtschulanmeldungen in dieser Höhe seitens des Schulträgers nicht eingelöst."

Ein positives Beispiel für die gewonnene Akzeptanz ist die Entwicklung an der jüngsten Gesamtschule in Neuwerk. Die Anmeldezahlen sind gestiegen und Viele können sich noch an sehr lebhaft Diskussionen vor deren Einführung erinnern.

"Die aktuelle Bildungsdiskussion zeigt insbesondere im Vergleich zu unseren Nachbarstaaten, dass gemeinsames längeres Lernen zu mehr Chancengerechtigkeit führt. Wir sollten diesen Weg in Mönchengladbach fortsetzen", so **Monika Schuster**.

Erhöhung der Kindergartenbeiträge ist familienfeindlich

Die Landesregierung erwartet von der Stadt eine Erhöhung der Kindergartenbeiträge. Zugleich fällt die FDP-Fraktion Oberbürgermeister Norbert Bude (SPD) in den Rücken und spielt der Kommunalaufsicht zu.

Lothar Beine, Fraktionsvorsitzender: "Wir stehen an der Seite von Norbert Bude, der eine Beitragserhöhung weiterhin ablehnt. Diese würde Familien finanziell sehr belasten und widerspricht der politischen Grundsatzdiskussion in Deutschland, die eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf einfordert. Es kann nicht sein, dass auf allen politischen Ebenen über beitragsfreie Kinderbetreuung diskutiert wird, die gleiche schwarz-gelbe Landesregierung aber konkret das Andere von Städten und Gemeinden fordert."

Von der schwarz-gelben Landesregierung ist die Novellierung des Gesetzes für Kindertageseinrichtungen auf den Weg gebracht worden. Diese ist zum 1. August 2006 in Kraft getreten. Demnach wird das Land die bisherige Elternausgleichszahlung nicht mehr überneh-

men. In der Konsequenz daraus wird den Kommunen überlassen, die Höhe der Kindergartenbeiträge selbst zu bestimmen. Für Mönchengladbach bedeutet dies eine Minde-



Bald wieder mehr Kinder auf der Straße?

runng gegenüber dem bisherigen Landeszuschuss in Höhe von 1,02 Millionen Euro. Somit würden die Elternbeiträge für Kindertagesstätten bei Anpassung der fehlenden Finanzmittel um 32 Prozent steigen.

"Unverantwortlich ist die Haltung der hiesigen

FDP. Diese fordert in einem offenen Brief den Oberbürgermeister geradezu zur Erhöhung der Elternbeiträge auf. Durch diesen Vorstoß wird wieder die übliche 'Klientelpolitik' der FDP deutlich, da die FDP-Zielgruppe auch mit erhöhten Elternbeiträgen klar kommen wird. Hier wird Familienpolitik dem Dogma 'Privat vor Staat' untergeordnet. Allerdings verstehe ich auch die CDU-Fraktion nicht mehr. Werden in dieser Koalition keine Absprachen mehr getroffen oder wackelt hier erneut der "Schwanz mit dem Hund", fragt **der jugendpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Frank Drathen**.

Eine weitere Diskussion ist im jetzigen Frühjahr beabsichtigt, da dann auch die Gesetzesnovellierung zur Kindergartenfinanzierung vorliegen soll. Die hier zu erwartenden Auswirkungen müssen berücksichtigt werden.

Lothar Beine: "Vom Ergebnis dürfen Familien nicht zusätzlich belastet werden. Die SPD-Fraktion ist sich ihrer sozialen Verantwortung bewusst."

Abfallsammelstellen - Ein Tod auf Raten

Mit Beginn des Jahres wurde die Abfallsammelstelle an der Graf-Haeseler-Straße im Stadtbezirk Neuwerk geschlossen. Als weiterer Schritt ist die Schließung der Abfallsammelstelle Luisental in Rheydt beabsichtigt. Ziel der neuen von FDP und CDU favorisier-



GEM-Zentrale im Nordpark - Bald nur noch eine Abfallsammelstelle Am Heidgesberg nebenan

ten Konzeption ist eine Konzentration für das gesamte Stadtgebiet an der Sammelstelle Heidgesberg in unmittelbarer Nachbarschaft zur GEM-Zentrale am Nordpark.

Ratsherr Guido Mevissen, umweltpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion: "Diese Konzeption widerspricht allen umweltpolitischen Notwendigkeiten. In den letzten Jahrzehnten wurden die Abfallsammelstellen nicht saniert und vernachlässigt. Diese negative Entwicklung dürfe nicht zur Schließung von Abfallsammelstellen führen. Es müssen konkrete Schritte zur Modernisierung begonnen werden."

Andere Städte packen dieses Thema innovativer an. So hat Münster zehn Recyclinghöfe, die durch verschiedene Öffnungszeiten eine bürgernahe Abfallabgabe ermöglichen und zugleich das Personal flexibel an den verschiedenen Standorten einsetzt. Die Abfallwirtschaftsbetriebe Münster beschreiben ihr Ziel wie folgt: "Nicht mehr als drei Kilometer soll der Weg bis zum nächsten Recyclinghof für jede Bürgerin und jeden Bürger sein."

Andere Städte packen dieses Thema innovativer an. So hat Münster zehn Recyclinghöfe, die durch verschiedene Öffnungszeiten eine bürgernahe Abfallabgabe ermöglichen und zugleich das Personal flexibel an den verschiedenen Standorten einsetzt. Die Abfallwirtschaftsbetriebe Münster beschreiben ihr Ziel wie folgt: "Nicht mehr als drei Kilometer soll der Weg bis zum nächsten Recyclinghof für jede Bürgerin und jeden Bürger sein."

Abfallwirtschaftsbetriebe Münster beschreiben ihr Ziel wie folgt: "Nicht mehr als drei Kilometer soll der Weg bis zum nächsten Recyclinghof für jede Bürgerin und jeden Bürger sein."

Guido Mevissen: "Eine Zentralisierung auf eine Abfallsammelstelle in Mönchengladbach kann nicht der richtige Weg sein. Wilde Müllkippen werden im Stadtgebiet zunehmen und wir sind in der Pflicht, genau diese Entwicklung zu verhindern. Die Beseitigung dieser illegalen Müllablagerung belastet alle Gebührenzahler. Zugleich handelt es sich um tickende Zeitbomben für die Umwelt. In eine Kostenbilanz müssen Umwelterstörungen einbezogen werden."



SPD befürchtet Zunahme

Für die **SPD-Fraktion** kommt nur die Beibehaltung der drei Abfallsammelstellen in Frage, wobei für das Rheydter Stadtgebiet ein anderer Standort als Luisental durchaus überlegt werden kann. Diese Abfallsammelstellen sollen in moderne Recyclinghöfe umgestaltet werden. Die Investitionskosten können dann durch flexiblen Personaleinsatz an den verschiedenen Standorten kompensiert werden.

SPD-Fraktion: Kein Stückwerk bei Modernisierung Theater Mönchengladbach

Der Brandschutz im Theater Mönchengladbach ist "museumsreif". So müssen neue Türen und Rauchabzüge eingebaut werden. Ein unabhängiges Ingenieurbüro hatte erhebliche Mängel im Brandschutz festgestellt und ohne Sofortmaßnahmen muss das Haus geschlossen werden. Nach dem Brand auf dem Düsseldorfer Flughafen 1996 sind die Anforderungen an den Brandschutz erheblich gestiegen.

Ratsherr Ulrich Elsen, kulturpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion: "Alleine die unabdingbaren Brandschutzmaßnahmen für den weiteren Spielbetrieb kosten 733.000 Euro. Doch ein zukunftsfähiger Spielbetrieb macht weitere Investitionen notwendig. Stückwerk bringt uns hierbei nicht weiter. Wenn bereits im Theater saniert wird, dann sollen zeitgleich auch die technischen Anlagen für den Theaterbetrieb angepackt werden."

Eine Verknüpfung weiterer Brandschutzmaßnahmen mit Investitionen in der Theater- und Gebäudetechnik würden in der Summe 7.263.000 Euro kosten. Die Theater- und Gebäudetechnik entspricht in vielen Aspekten nicht mehr den Anforderungen eines modernen Theaterbetriebes. Diese Modernisierung ist entsprechend dem Sachstandsbericht der

Verwaltung keine Luxusvariante sondern beschränkt sich auf dringend notwendige Erneuerungsmaßnahmen. Nach Auffassung der Bauverwaltung macht nur eine Verknüpfung Brandschutz mit Modernisierung Sinn, da durch die Arbeiten an Deckenverkleidungen und Elektrik zugleich die Gebäudetechnik offengelegt wird.

Ratsherr Horst-Peter Vennen, Sprecher der SPD-Fraktion im Planungs- und Bauausschuss: "In allen Überlegungen geht man weiterhin von 1.850 Besuchern aus. Überlegungen, die Stadthalle für bis zu 4.500 Besucher zu ertüchtigen sind nicht hilfreich und würden massiv in die Innenarchitektur eingreifen. So müsste das offene Treppenhaus eingekleidet werden und wäre nicht mehr sichtbar."

Eine Lösung für bis zu 4.500 Besucher würde die Kosten nochmals erheblich steigern. Eine Diskussion über diese Option würde nach Auffassung der **SPD-Fraktion** nur zu einer

weiteren Verzögerung führen.

Ulrich Elsen: "Eine weitere Verzögerung ist für die **SPD** nicht hinnehmbar. Wenn die Brandschutzmaßnahmen nicht sofort in der Spielpause begonnen werden, muss das Haus sofort geschlossen werden. Der Theatervertrag mit Krefeld setzt ein spielfertiges



Für dieses Haus ist ein Kraftakt nötig

Theater Mönchengladbach voraus und ist eine städtische Verpflichtung. Zugleich würde die Stadt bei einer langen Bauzeit erhebliche Einnahmen aus dem Theaterbetrieb verlieren. Auch ein Verlust für die Stadt."

SPD-Fraktion zum städtischen Haushalt:

“Ja” zum Ausbau der offenen Ganztagsgrundschulen - “Nein” zur Erhöhung der Grundsteuern

"So etwas habe ich noch nicht erlebt und ist mir aus anderen Städten auch nicht bekannt", so kommentiert der Vorsitzende der **SPD-Ratsfraktion, Lothar Beine**, das äußerst ungewöhnliche Verhalten von CDU und FDP bei der Verabschiedung des Haushalts in der Ratssitzung am 25. Oktober. Was war so ungewöhnliches geschehen?



Lothar Beine

Ohne irgendeine Vorberatung, ohne Information der anderen

Fraktionen brachten die Mehrheitsfraktionen per Tischvorlage einen Antrag ein, 350.000 Euro für eine Unternehmensberatung in den Haushalt einzustellen. Die Beratungsfirma soll zusätzliche Einsparmöglichkeiten darstellen. Auf ähnliche Gutachten in anderen Städten wie Bonn oder Münster wurde verwiesen. Genaue Aufträge oder Aufgaben wurden nicht erteilt.

In seiner Haushaltsrede kritisierte **Lothar Beine** diese Vorgehensweise heftig: "Wir streiten uns in den Haushaltsberatungen teilweise über 100 Euro-Beträge in den Ausschüssen und hier wird ohne Vorbera-

tung, ohne Diskussion, ohne genauen Auftrag ein Betrag von 350.000 Euro eingesetzt. Ein Skandal!"

Die **SPD-Fraktion** hatte am Vortag vom Vorhaben der Mehrheitsfraktionen erfahren und bereits Erkundigungen in Bonn und Münster eingeholt. Hier liegen zwar die Gutachten vor, umgesetzt ist bisher aber nichts. Viele Vorschläge sind identisch, wären aber z.B. in unserer Stadt nicht umsetzbar. Ein Ansatzpunkt der Gutachter ist aber deutlich zu erkennen: Die Unterstützung für Vereine und Verbände drastisch zu kürzen!

Deshalb setzte **Lothar Beine** hier einen Schwerpunkt in seiner Haushaltsrede: "Mönchengladbach ist trotz der Haushaltslage eine reiche Stadt, weil sich die Bürger in ehrenamtlicher Tätigkeit engagieren. Ohne dieses Engagement wäre Vieles in unserer Stadt nicht mehr möglich! Hier zu streichen wäre töricht und genau am falschen Ende gespart. Das tragen wir nicht mit! Ein wichtiger Punkt, dem vorgelegten Haushalt nicht zuzustimmen."

Einen weiteren Punkt, der eine Zustimmung unmöglich machte, nannte **Beine** in seiner

Rede: "Die Erhöhung der Grundsteuer ist nicht akzeptabel! Die Bürger haben in vielen Bereichen der Wohnungsnebenkosten Erhöhungen hinnehmen müssen, insbesondere bei den Heizkosten oder den Abwassergebühren. Einer Erhöhung der Grundsteuern stimmen wir deshalb nicht zu!"



Kinder brauchen starke Vereine!

Lothar Beine sah aber auch einen positiven Bereich im vorgelegten Haushalt: "Der Ausbau der offenen Ganztagsgrundschulen ist eine Forderung der **SPD**. Der Haushalt trägt insofern unsere Handschrift!"

Unter Beachtung sowohl der positiven wie auch der negativen Ansätze enthielt sich die **SPD-Fraktion** der Stimme.

Umweltladen - SPD fordert bürgerfreundliche Öffnungszeiten

Die Öffnungszeiten des Umweltladens an der Limitenstraße 48 in Rheydt wurden zum Ende letzten Jahres nur noch auf die Morgenstunden beschränkt. Die **SPD-Fraktion** befürchtet auf Dauer ein Ende der Beratung und sieht ein wichtiges Angebot gefährdet.

Der **umweltpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Ratsherr Guido Mevissen**: "In einem ersten Schritt sind die alten Öffnungszeiten wieder einzuführen. Diese stellen auch an den Nachmittagen eine Umweltberatung sicher. Es kann nicht sein, dass angesichts der aktuellen umweltpolitischen Diskussionen zu Klimawandel und Energieverbrauch zeitgleich die Umweltberatung in Mönchengladbach erheblich eingeschränkt wird."

Die **SPD-Fraktion** erwartet vom zuständigen Fachbereich unter Führung des Umweltdezernenten und Stadtdirektors Bernd Kuckels (FDP) zugleich konzeptionelle Überlegungen zum Umweltladen. So sind Aktionen und Fachvorträge unter Einbeziehung von Um-

weltverbänden und Schulen ein Weg zur Akzeptanzverbesserung. Umweltläden in anderen Kommunen haben diesen Weg erfolgreich beschritten.

Guido Mevissen: "Konzeptionelle Überlegungen für den Mönchengladbacher Umweltladen sind der **SPD-Fraktion** nicht bekannt, und ich bezweifle, ob diese derzeit entwickelt werden. Die Beschränkung der Öffnungszeiten in die Morgenstunden ist zu kurz gedacht, umweltpolitisch der falsche Weg. Peinlich in diesem Zusammenhang ist, dass die eingeschränkten Öffnungszeiten erst nach dem **SPD-Antrag** in der städtischen Ho-

mepage veröffentlicht wurden. Ich hoffe, dass Herr Kuckels als zuständiger Dezernent den Umweltladen nicht schon komplett abgeschrieben hat."



Hier bald keine Beratung mehr?

Städtische Gesellschaften in Gefahr

Die FDP/CDU-Landesregierung hat sich auf eine weitere Verschärfung der wirtschaftlichen Betätigung der kommunalen Unternehmen verständigt. Zahlreiche betroffene Unternehmen haben gegen eine weitere Einschränkung protestiert und auf die möglichen

papier vor den Auswirkungen gewarnt. Dieser prognostiziert für alle kommunalen Unternehmen einen "Tod auf Raten". Die Räte anderer Städte ziehen in dieser Frage an einem Strang, nur die FDP/CDU in Mönchengladbach lehnt jeden Schulterschluss ab. Auf Antrag der **SPD-Fraktion** erfolgte eine namentliche Abstimmung nur zum Thema kommunale Unternehmen. In dieser Abstimmung haben die Ratsmitglieder aus FDP, CDU und FWG gegen die Interessen der Gesellschaften gestimmt. Nun müssen sich diese Ratsmitglieder, die zugleich auch Aufsichtsräte in kommunalen Unternehmen sind, den Arbeitnehmervertretern und Betriebsräten erklären."

Unternehmen in ihrem Versorgungsgebiet, soweit entsprechende Leistungen vor Ort angeboten werden. Das jährliche Vergabevolumen der NVV beläuft sich auf insgesamt ca. 15 Mio Euro. Die Änderung im Gemeindefinanzrecht besagt, dass kommunale Unternehmen nur noch "Dienstleistungen zur Daseinsvorsorge", (sprich: Energieversorgung, Wasser, ÖPNV, Wohnraum) anbieten dürfen, wenn kein privater Anbieter diese Aufgabe will. Ein Bestandsschutz für heutige wirtschaftliche Aktivitäten reicht auch nach Einschätzung des Städtetages NRW nicht aus, um im Wettbewerb bestehen zu können. Die **SPD** befürchtet auch für den Bürger drastische Auswirkungen.

Lothar Beine: "Kommunale Unternehmen wie die NVV, die GEM oder auch die Kreisbau AG und die Sozial-Holding können nicht mehr oder nur noch eingeschränkt so weiter machen wie bisher. Dann würden bei der Stadt "die Lichter ausgehen". Die Stadt ist auf die Gewinne der Unternehmen angewiesen. Darauf kann Mönchengladbach nicht verzichten. Allein die NVV speist jährlich drei bis vier Millionen Gewinn in den städtischen Haushalt. Das Abstimmungsverhalten von FDP/CDU ist unter diesen Fakten einfach skandalös. Die **SPD-Fraktion** ruft alle Betriebsräte und Arbeitnehmervertreter zum Protest auf."



Sorgen in der NVV-Zentrale

Gefahren verwiesen. Die wirtschaftliche Betätigung von Gemeinden soll eingedämmt und in private Hände gegeben werden.

SPD-Fraktionschef Lothar Beine: "Diese Warnungen kann man nicht ignorieren. So hat NVV-Vorstandssprecher Friedhelm Kirchhartz alle Fraktionen in einem Position-

Die Bewertung der NVV-AG zieht ein düsteres Fazit. So wird befürchtet, dass kommunale Unternehmen als belebendes Element des Wettbewerbs Überlebensprobleme bekommen können. Die Entwicklung wird zu Lasten des örtlichen Handwerks und der Wirtschaft gehen.

Die Stadtwerkeunternehmen vergeben in aller Regel ihre Leistungen und Aufträge an

Amtsgericht Rheydt muss erhalten bleiben

Auf Antrag der **SPD-Fraktion** befasste sich der Rat mit dem Thema Amtsgericht Rheydt. Auf Landesebene wurde durch das Justizministerium eindeutig darauf verwiesen, dass

für ein Änderungsgesetz vorlegen muss, appelliere ich insbesondere an die Landtagsabgeordneten Norbert Post und Michael Schroeren (CDU), dass der Amtsgerichtsbezirk Rheydt nicht aufgelöst wird. Die **SPD** setzt sich auf allen Ebenen für den Erhalt ein," so **SPD-Ratsherr Henning Haupts**. Die im Rat beschlossene Resolution verpflichtet die örtlichen Landtagsabgeordneten, im städtischen Interesse ein Änderungsgesetz abzulehnen.

Helga Klump, SPD-Ratsfrau: "Es kann nicht sein, dass eine bewährte bürgernahe Justizeinrichtung aufgegeben werden soll. Das Rheydter Amtsgericht belebt durch Publi-

bilität eines noch funktionierenden Stadtquartiers bei."

Die **SPD-Fraktion** hofft jetzt, dass die schwarz-gelbe Landesregierung die Schließungspläne aufgibt.



Amtsgericht Rheydt - bald ein weiterer Leerstand?

eine Zusammenlegung der beiden Amtsgerichtsbezirke Mönchengladbach und Rheydt nur durch eine Änderung im "Neugliederungs-Gesetz" aus 1974 möglich ist. "Da die Landesregierung dem Landtag hier-

kumsverkehr und Beschäftigte die Rheydter Innenstadt. Im direkten Umfeld haben sich seit Bestehen des Amtsgerichts Rheydt Anwaltskanzleien und weitere Dienstleistungsbereiche angesiedelt. Diese tragen zur Sta-

RatAktuell 01/2007

Auflage: 2000

Herausgeber:

SPD-Ratsfraktion

Mönchengladbach

Brucknerallee 126

41236 Mönchengladbach

Tel: 02166/9 24 90-30

Fax: 02166/9 24 90-34

Mail: spdratmg@online.de

Internet: <http://fraktion.spd-mg.de>

Redaktion:

Thomas Fegers (V.i.S.d.P.)

Lothar Beine

Bilder: SPD, pixelquelle.de

Neue Anschrift?

Neuer Interessent?

Bitte wenden Sie sich an obige Adresse!